

## **Beschluss des Landrats vom 17.01.2019**

Nr. 2479

### **30. Schülerinnen und Schüler in den MAG-Prozess miteinbeziehen** 2018/595; Protokoll: mko

Landratspräsident **Hannes Schweizer** (SP) informiert, dass der Regierungsrat das Postulat ablehnt. Es liegt eine schriftliche Begründung vor.

**Caroline Mall** (SVP) beschäftigt das von ihr eingereichte Postulat eigentlich schon lange. Es sind sich alle bewusst, dass es einen Grund gibt, weshalb die Lehrpersonen die Schülerinnen und Schüler beurteilen müssen – nämlich um herauszufinden, ob sie den Lehrstoff verstanden haben. Es gibt Lehrer, die freiwillig Fragebogen verteilen, weil sie dadurch vermutlich ihre Arbeit selber reflektieren möchten. Es ist ihr bewusst, dass dies extrem heikel ist. Sie möchte es aber nicht werten, sondern mit ihrem Vorstoss ein Stück Gleichberechtigung in den Schulraum bringen. Es scheint ihr wichtig, dass Schülerinnen und Schüler befragt werden, wie sie den Unterricht empfinden. Es geht ihr nicht um eine Verurteilung von Lehrpersonen; z.B. dass einer immer eine grüne Krawatte trägt oder stets im T-Shirt unterrichtet. Es geht ihr darum, das Recht einzuräumen, sich analog zur Arbeitswelt mit dem MAG zu äussern. Wie das getan wird, muss unter pädagogischen Gesichtspunkten ausgearbeitet werden, anonymisiert und altersentsprechend. Für sie ist es einfach wichtig, dass die Schülerinnen und Schüler diesbezüglich gleichberechtigt mit den Lehrpersonen sind. Es wird ja nicht nur am Mittagstisch über Schule über Lehrer gesprochen, sondern es gibt auch Beurteilungen, sogar Verurteilungen von Lehrpersonen gegenüber ihren Schülern, die diese gar nie mitbekommen.

Ein weiterer Punkt ist, dass man nirgendwo richtig erfassen kann, wie die Lehrpersonen den Schulunterricht gestalten. Besuche der Schulleitung werden jeweils angemeldet, und dann sitzen sie nur ein paar Minuten in der Klasse. Desgleichen beim Schulrat. Es gibt zwar unangemeldete Besuche, die aber klar in der Minderheit sind. Deshalb fragt sich, ob man das Thema in den MAG überhaupt beurteilen kann. Weil man sich im Moment in der Überarbeitung der Mitarbeitergespräche befindet, dachte sie, es sei nun der richtige Zeitpunkt für ihren Vorstoss. Aus der Antwort der Regierung hat sie herausgelesen, dass diese eigentlich gar nicht so abgeneigt wäre, es jedoch für den falschen Weg halte, weil es auf der Verordnungsebene angesiedelt ist. Vielleicht hätte sie fordern sollen, lediglich darüber zu berichten, wie man dies allenfalls einfließen lassen könnte. Der Regierungsrat schreibt: «Er sichert der Postulantin jedoch zu, dass ihr Vorschlag im Rahmen des Projekts vertieft geprüft wird». Das ist ja eigentlich eine Luxusantwort. Die Votantin wäre froh, man würde ihren Vorstoss dennoch überweisen, damit das Anliegen in den Prozess eingebracht wird. Würde er nicht überwiesen, wäre die Frage an die Regierungsratspräsidentin, ob der Landrat auf irgendeine Art und Weise informiert wird, ob die Kinder in Zukunft auch nur ein kleines Mosaiksteinchen im MAG-Prozess sein dürfen.

**Oskar Kämpfer** (SVP) sagt, dass die SVP-Fraktion den Vorstoss ablehnt. Den Votanten beschäftigt selber auch schon lange, was Schüler und Lehrer in der Schule so machen. Er kam dabei aber zu anderen Schlussfolgerungen. Den Schülern werden in letzter Zeit immer mehr Kompetenzen gegeben. Dass sie gleichzeitig noch beim MAG mitreden sollen, ist nicht nötig. Irgendwie zeigt das, dass man das System der Ausbildung noch nicht ganz verstanden hat.

**Miriam Locher** (SP) liest aus der Antwort, dass das Projekt laufe und die MAG überarbeitet werden. Für die SP-Fraktion ist das vorgeschlagene Vorgehen der falsche Weg. Die Antwort der Regierung zeigt die Komplexität des Themas auf. Die SP hat sich auch kurz überlegt, ob es kein

gangbarer Weg wäre, den Vorstoss erst zu überweisen und dann abzuschreiben, weil wie gehört schon etwas geht, hat sich aber entschieden, ihn nur abzulehnen.

**Heinz Lerf** (FDP) sagt, dass die FDP-Fraktion der Regierung folge. Im Berufsleben und der Wirtschaft kennt man die Vorgesetztenbeurteilung, die selbst dort ein ganz heikles Unterfangen ist. Eine Umsetzung in der Schule wäre vermutlich noch viel heikler. Man hat gehört, dass ein neues Projekt für die Leistungsbeurteilung von Lehrpersonen lanciert wurde. In dessen Rahmen lässt sich schauen, ob das Anliegen in irgendeiner Form aufgenommen werden kann.

**Martin Rüegg** (SP) kommt der Vorstoss so vor, als wolle man ab und zu auch mal die Polizei büssen, als Lastenausgleich. Das kann aber nicht Sinn der Sache sein. Lehrerinnen und Lehrer werden permanent beurteilt: in der Stunde, in der Pause, am Mittagstisch, überall. Das ist der informelle Weg. Es gibt aber auch den formalen Weg, den heute schon sehr viele Schulen beschreiten. Es gibt Instrumente, mit denen Schülerinnen und Schüler zur Beurteilung des Unterrichts ganz bewusst miteinbezogen werden. Der Votant persönlich macht dies seit Jahren und er ist überzeugt, dass er nicht der einzige ist. Deshalb glaubt er, dass die Schule heute schon auf dem Weg von Caroline Mall ist.

Ein MAG sieht er nicht als sinnvoll an, da die Lehrpersonen doch eine gewisse hoheitliche Funktion haben. Heinz Lerf erwähnte auch, dass bereits andere Prozesse im Gang sind. Deshalb braucht es kein weiteres Vorgehen.

**Béatrix von Sury d'Aspremont** (CVP) kann sich den meisten Vorrednern anschliessen. Die CVP/BDP-Fraktion lehnt den Vorstoss ebenfalls ab. Es ist für sie nicht der richtige Weg, die Schülerinnen und Schüler in ein MAG einzubinden. Sonst müsste man sich nämlich noch überlegen, wie es bei den Lehrlingen und anderen Auszubildenden aussieht. Irgendwo ist dann aber eine Grenze.

://: Mit 73:3 Stimmen bei 1 Enthaltung wird das Postulat abgelehnt.

---